

# Zurückgewiesen: Forderungen nach Pensionskürzungen

Der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die in der BILD-Zeitung erhobenen Forderungen nach neuerlichen Pensionskürzungen scharf zurückgewiesen: „Diese so genannten sieben Wahrheiten zu angeblich überhöhten Pensionen in Deutschland haben mit der Realität nichts zu tun. So ein Quatsch schafft es nur im Sommerloch in die Medien“, machte er deutlich.

**D**er dbb-Chef bezieht sich mit seiner Kritik auf einen Beitrag von Bernd Raffelhüschen in der Ausgabe des Boulevardblattes vom 20. August. Die darin verkündeten „Wahrheiten“ über ungerechtfertigt hohe Pensionen seien zum großen Teil falsch.

Von den in der BILD aufgeführten 26 Beispielen betreffen gerade einmal sieben Beispiele den einfachen und mittleren Dienst, vier Beispiele bezeichnen den gehobenen und 15 Beispiele den höheren Dienst; diese Zusammenstellung bildet



Die im Sommer angeheizte Diskussion um die Beamtenpensionen bezeichnete der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen als zum großen Teil falsch und unsachlich. GDBA-Chef Hommel sprach von einer „Neiddebatte“.

nicht die Realität ab. Im Bereich des Bundeseisenbahnvermögens und des DB-Konzerns gehören etwa 81 Prozent der Beamtinnen und Beamten dem einfachen und mittleren Dienst an, 17,5 Prozent dem gehobenen und nur 0,8 Prozent sind im höheren Dienst.

Heesen betonte: „Erstens ist die Pension eine Vollversorgung. Bei Vergleichen mit Durchschnittsrenten müssen Betriebs- und Zusatzrenten berücksichtigt werden. Außerdem gilt das verfassungsmäßig geschützte Alimentationsprinzip auch im Ruhestand. Zweitens ist hinsichtlich der zukünftigen Versorgungsausgaben durch Versorgungsrücklagen und -fonds Vorsorge getroffen. Zudem haben sich die Prognosen der zu erwartenden Lasten durch die

zahlreichen Sparmaßnahmen und ausgebliebene Besoldungszuwächse der letzten Jahre nicht unerheblich verbessert. Drittens wird – anders als in Bild behauptet – bei der Rente zurzeit weder Riester- noch Nachhaltigkeitsfaktor angewendet. Für Versorgungsempfänger gilt der Riesterfaktor uneingeschränkt. Viertens wird die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wirkungsgleich auf die Beamten übertragen.“

Neiddebatten, so Heesen weiter, helfen weder bei der Haushaltssanierung noch bei der Modernisierung des Rentenversicherungssystems: „Was hier gemacht wird, ist kein Vergleich Äpfel und Birnen mehr, sondern eher Eier mit Wassermelonen. Die Durchschnittsrente und die Mindestversorgung ins Verhält-

nis zu setzen und dabei alle Unterschiede in Berechnung und Begründung außer Acht zu lassen, ist wirklich abenteuerlich. Mit ‚Wahrheiten‘ hat das gar nichts zu tun.“

Der Unterschied ist systembedingt. Bereits seit 1957 gilt: Weil Beamte später einen Versorgungsanspruch haben, der sich aus ihrem letzten Verdienst berechnet, ist ihre Besoldung entsprechend geringer. Sie erhalten niedrigere Dienstbezüge als Angestellte in vergleichbaren Funktionen. Im Alter gleicht sich das aus.

## GDBA-Chef Hommel übte Kritik an der Neiddebatte

Wiederholt übte auch der Bundesvorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDBA, Klaus-Dieter Hommel, massive Kritik an der



## Mit dbb-Extrabonus in der Kfz-Versicherung



### Nutzen Sie unsere TOP-Vorteile:

#### TOP-Schadenservice

Wir lassen Ihr Auto abholen, wenn es nicht mehr fahrbereit ist, und in hoher Qualität reparieren.

#### Zertifizierte Partnerwerkstätten

Unsere Partner sind DEKRA-geprüfte Fachbetriebe. Wir geben 3 Jahre Garantie auf die Arbeit unserer Partnerwerkstätten. Die Garantie Ihres Fahrzeugherstellers bleibt erhalten.

#### Niedrige Beiträge

Bei der Kasko SFI/CT sparen Sie 20 % Beitrag. Sie können Ihre Kasko aber auch mit freier Werkstattwahl vereinbaren.

#### dbb-Extrabonus 25 € für Sie als Neukunde

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 € dbb-Extrabonus, wenn Sie als Neukunde mit ihrem Pkw zur HUK-COBURG wechseln.

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch unter »HUK COBURG«. Sofortige Auskunft bekommen Sie hier: **0180 2 153153\*** oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

\*0 ct je Anruf aus dem Festnetz. Anrufe aus Mobilfunknetzen können zu abweichenden Preisen führen.



**dbb  
vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig

Neiddebatte. „Es gilt zu berücksichtigen, dass gerade im Beamtenbereich in den vergangenen Jahren durch Einschnitte – drastische Kürzungen beim Weihnachtsgeld, Streichung des Urlaubsgeldes, zwei Arbeitszeitverlängerungen sowie Nullrunden über drei Jahre – erhebliche Einkommensverluste eingetreten sind. Im Übrigen sind sämtliche Einschnitte aus den vergangenen Rentenreformen auch auf die Beamtenversorgung übertragen worden.“ Zuletzt wurde der Höchstsatz bei den Pensionsansprüchen mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 abgesenkt.

### Wiefelspütz (SPD): Auch Beamte ins Rentensystem

Nach Auffassung des SPD-Innenexperten im Bundestag, Dieter Wiefelspütz, sollen auch

Beamte Rentenbeiträge bezahlen. Wiefelspütz sagte der BILD-Zeitung, beim jetzigen System stelle sich die Frage der Gerechtigkeit. Deshalb müssten mittelfristig die beiden Systeme der Altersversorgung für Beamte und Angestellte angeglichen werden.

Der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen hat auch die sachunkundige Forderung des SPD-Innenpolitikers Wiefelspütz nach einer Zwangsvereinigung der Renten- und Versorgungssysteme scharf zurückgewiesen: „Mit diesem Links-Schwenk eröffnet Wiefelspütz eine sinnlose Debatte, wohl um von anderen Versäumnissen abzulenken.“

Anders als die Rentenversicherung werden die Versorgungssysteme längst vom Umlagever-

fahren auf Kapitaldeckung umgestellt. Das schafft nicht nur mehr Sicherheit für die Betroffenen, sondern auch eine nachhaltige Entlastung für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Indem man immer mehr Beschäftigtengruppen in die Rentenversicherung zwingt, löst man kein einziges ihrer strukturellen Probleme.“

### Konkrete Pläne in Berlin existieren nicht

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA empfiehlt zusätzlich zu ihren Aktivitäten auch den Beamten und Versorgungsempfängern selbst, ihren Unmut über nicht gerechtfertigte Aktionen von Abgeordneten im Bundestag kundzutun. Eine Möglichkeit bietet die Internet-Plattform [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de). Darin erklärte Wiefelspütz: „Ich

trete dafür ein, dass langfristig auch Beamte (und Abgeordnete) in das Versorgungssystem einzahlen. Selbstverständlich wird das nur mit Beamten gehen, die neu verbeamtet werden. Diejenigen, die bereits Beamte sind, genießen Vertrauensschutz. Wenn ein neuer Beitrag abgeführt werden soll, müssten natürlich die Bezüge der von der Beitragspflicht betroffenen Beamten entsprechend angehoben werden. Außerdem müsste der Arbeitgeber Staat Rücklagen für die Pensionen bilden.“

Schließlich: Ich bin von der Presse nach meiner Meinung gefragt worden. Meine Meinung habe ich gesagt. Es existieren in Berlin keine Pläne für eine grundlegende Änderung der Versorgungssysteme im Beamtenbereich.“ m.

## „Pensionslasten“ im öffentlichen Dienst

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die Beamtenpensionen werden nach Einschätzung des dbb nicht so dramatisch ansteigen wie prognostiziert. „Ich gehe davon aus, dass im nächsten Versorgungsbericht der Regierung die Berechnungen erheblich nach unten korrigiert werden“, sagte der dbb-Vorsitzende, Peter Heesen.

Er begründete dies damit, dass die Annahmen, die auf einigen Prognosen beruhen, sich entscheidend geändert hätten.

Nach dem letzten Versorgungsbericht aus dem Jahr 2005 könnten im Jahr 2050 auf die öffentlichen Haushalte Ausgaben in Höhe von 36 Milliarden Euro für die Pensionen zukommen. Der neue Versorgungsbericht der Bundesregierung wird Ende des Jahres 2008 erwartet. Werden die Pensionen unbezahlbar?

Der dbb-Chef geht davon aus, dass im kommenden Versor-

gungsbericht die Berechnungen erheblich nach unten korrigiert werden. So haben nach Angaben des Gewerkschaftsvorsitzenden die Versorgungsfonds und -rücklagen, die seit 1998 angelegt worden sind, inzwischen mehrere Milliarden Euro Kapital angesammelt. „Das wird den Staatshaushalt ab 2017 zusätzlich entlasten“, sagte Heesen.

Er verwies zudem darauf, dass die Zahl der Frühpensionen stark zurückgegangen sei. Vor Jahren lag das faktische Pensionsalter unter 60 Jahren; jetzt liege es deutlich über 63 Jahre. Auch die Nullrunden der vergangenen Jahre bei den Einkommen im öffentlichen Dienst würden sich reduzierend auf die Versorgungsausgaben auswirken. Die Absenkung der Ruhegehaltssätze durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 und die Erhöhung des Pensionsalters auf 67 Jahre wirkten sich ebenfalls kostensenkend aus. „All das wird in den neuen Berechnungen zum Tragen kommen und den prognostizierten Kostendruck relativieren“, betonte Heesen.

# Die Absicht liegt auf der Hand

**Gut eine Woche später legte die BILD noch einmal nach und wetterte gegen Pensionäre. Doch dbb-Chef Peter Heesen stellte klar: „Der Beamtenstatus ist attraktiv, belastbar und kostengünstig.“**

**F**ür den Vorsitzenden des dbb lag „die Absicht auf der Hand“. Mit fragwürdigen Kronzeugen und unhaltbaren Rechen-tricks werde versucht, „einen bewährten Grundpfeiler unseres Staates zu beschädigen“.

Die Rechenbeispiele der Boulevardpresse zu den Versorgungs-

kosten gingen jeweils von den Versorgungshöchstsätzen aus, prognostizierten langfristig jährliche Besoldungszuwächse von 1,8 Prozent, rechneten kurzerhand alle Beihilfeaufwendungen in die Versorgung ein und schlugen die Soldaten – deren Anwartschaften über zwei Drittel der Gesamtsumme ausmachen – den Beamten zu. Heesen: „Alles zum Wohle der großen Zahl und Schlagzeile.“

In wenigen Wochen werde der neue Versorgungsbericht der Bundesregierung erwartet – mit deutlich günstigeren Prognosen, die die Absenkung des Versorgungshöchstsatzes, die bereits gebildeten Versorgungsfonds und -rücklagen sowie die bescheidene Besoldungsentwicklung der letzten Jahre berücksichtigen. Spätestens dann sei die Luft raus aus dieser „kurzsichtigen und dümmlichen Kampagne“, so Heesen.



**Die Aufgaben der öffentlichen Haushalte für die Beamtenpensionen werden nach Einschätzung des dbb nicht so hoch ansteigen wie prognostiziert.**

Auch GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel kritisierte die „Kampagne“ des Boulevardblatts.

### Wie hoch ist die Pension tatsächlich?

Im Bereich des Bundeseisenbahnvermögens und des DB-Konzerns gehören etwa 81 Prozent der Beamtinnen und Beamten dem einfachen und mittleren Dienst an. Ein Beamter in Besoldungsgruppe A 8 (Hauptsekretär) erhält laut BILD-Zeitung (Ausgabe vom 20. August 2008) eine steuerpflichtige Höchstversorgung von 1899,63 Euro. Nicht erwähnt wird, dass Pensionen höher als Renten besteuert werden und für Beamte die besondere Lohnsteuertabelle „B“ mit einem höheren Steuersatz gilt. In diesem Fall ergibt sich trotz Versorgungsfreibetrag in der Steuerklasse IV eine monatliche Steuer von etwa 160 Euro.

Ein Pensionär zahlt von seiner Nettopension die Krankenversicherung. In Besoldungsgruppe A 8 mit Angehörigen beträgt der Monatsbeitrag, beispielsweise zur Krankenversicherung KVB derzeit 180,80 Euro. Der Versorgungsempfänger im genann-

ten Beispiel A 8 erhält somit im Falle des derzeitigen Höchstversorgungssatzes von 72,97 Prozent – wird nach 40 Dienstjahren erreicht und sinkt weiter ab – rund 1559 Euro Nettopension. Davon ist noch der Beitrag für eine Restkostenversicherung (rund 100 Euro im Monat) oder der Selbstbehalt bei Arztrechnungen und Medikamenten abzuziehen – es verbleiben dann tatsächlich rund 1459 Euro im Monat.

Die Kosten für die Pflegeversicherung und mindestens 10 Prozent Selbstbehalt auf Arztrechnungen und Medikamenten (neben Praxisgebühr und neben der üblichen Zuzahlung zu Medikamenten) sind hier noch nicht mitgerechnet.

### Die Realität ist anders

Statt eine Kampagne zur Abschaffung des Beamtenstatus zu fahren, sollte man sich lieber mit der Realität auseinandersetzen, sagte dbb-Chef Heesen: „Warum will denn beispielsweise Berlin wieder Lehrer verbeamten? Weil der Senat eingesehen hat, dass gerade im föderalen Wettbewerb der Beamtenstatus ein Pfund ist. Und das alles vergleichsweise kostengünstig.“

**Das hat man nun davon, wenn man immer freundlich und fair ist:**



**Jetzt zum 15. Mal in Folge die Bankengruppe mit der höchsten Kundenzufriedenheit: die freundlichen und fairen Sparda-Banken. Werden auch Sie zufriedener Kunde.**

www.sparda.de  
Telefon: 0800 9999 700  
(gebührenfrei)

**Sparda-Banken**

*freundlich & fair*

**Ja, ich will die Sparda-Banken entdecken. Bitte senden Sie mir Informationen.**

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach: Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Telefon (tagtäglich):